

ROSA DISKRIMINIERUNG

Sondergesetze und Ehe light

Immer mehr Schwule und Lesben in Europa können ihre Lebensgemeinschaft rechtlich absichern. Allerdings: Die wenigsten Länder haben bisher die volle Gleichstellung homo- und heterosexueller Paare umgesetzt.

Hunderttausende von Lesben und Schwule in ganz Europa feiern in diesen Tagen den Christopher Street Day. Mit bunten Umzügen ziehen sie durch die Straßen von Paris, Berlin oder Amsterdam und erinnern damit an den Widerstand von Schwulen und Lesben gegen willkürliche Polizeirazzien und Diskriminierung in den USA. Seit den ersten organisierten Protesten in der New Yorker Christopher Street 1969 ist einiges passiert: Viele Lesben und Schwule leben heute selbstbewusst ihr Leben. Doch auch wenn homosexuelle Lebensweisen in der Gesellschaft zunehmend akzeptiert werden, die volle rechtliche Gleichbehandlung homo- und heterosexueller Lebensgemeinschaften lässt in den meisten europäischen Ländern noch immer auf sich warten. Zwar hat das Europäische Parlament bereits in seiner am 8. Februar 1994 angenommenen Entschließung die Mitgliedsstaaten der EU aufgefordert, die ungleiche Behandlung von Personen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu vermeiden, doch einige Länder, unter anderem Luxemburg, haben bisher noch keinerlei Schritte in Richtung Umsetzung der Vereinbarung unternommen.

In Luxemburg sind sie Fremde

Hierzulande gelten deshalb homosexuelle LebenspartnerInnen vor dem Gesetz immer noch als Fremde, selbst wenn sie jahrzehntelang zusammenleben und füreinander sorgen. Besonders im Kontext mit Krankheit, Tod oder Kindern zeigt sich die prekäre rechtliche Situation vieler schwuler und lesbischer Paare. "Die Rechtlosigkeit hat schwere Beeinträchtigungen der persönlichen Lebensgestaltung zur Folge: im Mietrecht, beim Erwerb gemeinsamen Eigentums, bei Auskunfts- und Besuchsrechten,

im Steuer- und Erbschaftsrecht", so die grüne Abgeordnete Renée Wagener. So muss beispielsweise ein Arzt aufgrund seiner Schweigepflicht gegenüber Dritten dem schwulen Partner eines Patienten grundsätzlich sämtliche medizinischen Auskünfte verweigern. Das Auskunfts- und Besuchsrecht gilt nämlich nur für Angehörige, also Blutsverwandte und EhepartnerInnen. Lediglich ein notariell beglaubigtes schriftliches Einverständnis kann diesen Missstand aufheben.

Noch schwieriger ist die Situation, wenn der Partner oder die Partnerin aus dem Ausland kommt oder wenn Kinder in der Lebensgemeinschaft aufwachsen. "Gegen diese Diskriminierungen helfen keine Verfügungen oder Notarverträge. Hier hilft nur eine klare und umfassende rechtliche Regelung", fordert Wagener. Für Déi Gréng ist klar: Der demokratische Grundsatz der Gleichbehandlung gebietet, Lesben und Schwulen auch das Recht zu heiraten zuzugestehen. Die Öffnung der Ehe für Homosexuelle mit allen Rechten, die sich daraus ableiten (auch das der Adoption und der Insemination) ist, neben einem "contrat de vie commune" für gleich- und verschiedengeschlechtliche Lebensgemeinschaften und der consequenten Individualisierung, Bestandteil der grünen "réforme du mariage". Sie soll helfen, bestehende Diskriminierungen sowohl zwischen verheirateten (heterosexuellen) und homosexuellen sowie verheirateten und unverheirateten Paaren abzubauen (siehe Interview). Damit hätten Lesben und Schwule wie ihre heterosexuellen Mitmenschen auch die Wahl zwischen drei Formen des Zusammenlebens: Sie könnten heiraten, sie könnten mit einem "contrat de vie commune" ihre Beziehung mit eheähnlichen Rechten versehen oder sie könnten ohne Trauschein und ohne bestimmte Rechte zusammenleben.

Der grüne Vorstoß ist einer der weitestgehenden Vorschläge in der europäischen Debatte um die gesetzliche Absicherung homosexueller Lebensgemeinschaften - angesichts der existierenden politischen Machtverhältnisse und der Hyperpräsenz der katholischen Kirche hierzulande dürfte er allerdings kaum umsetzbar sein.

Als erstes Land der Welt öffnete Dänemark seine Standesämter für gleichge-



Noch ist das Standesamt in Luxemburg für Homosexuelle zu.

(Foto: Bruno Baltzer)

schlechtliche Paare. Das war 1989. Die skandinavischen Länder Norwegen und Schweden sowie Island folgten. In diesen Ländern können Homosexuelle eine "Eingetragene Partnerschaft" eingehen, die nahezu alle Rechte und Pflichten der Ehe im Paket umfasst. Nahezu, denn das Recht auf Adoption und kirchliche Trauung haben Schwule und Lesben dort nicht.

Sondergesetze für Homos

Auch Deutschland orientiert sich am skandinavischen Vorbild. Vergangenes Jahr hatten die Koalitionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD, nach mehrmonatigen Beratungen und zähem Ringen, einen Gesetzestext zum "Lebenspartnerschaftsgesetz" für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften vorgelegt, den der Bundestag schließlich am 9. November 2000 gegen die Stimmen der Christlich-Konservativen beschloss. Jetzt klagen die unionsgeführten Länder Sachsen, Thüringen und Bayern vor dem Bundesverfassungs-

gericht gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz. Ihre Argumentation: Das Gesetz stehe "gegen Geist und Buchstaben der Verfassung", da "Ungleiches gleich behandelt" werde, so das CDU/CSU-Positionspapier zum rot-grünen Entwurf.

Auch die sozialistische Partei PDS steht dem rot-grünen Gesetzesprojekt, das Anfang August diesen Jahres in Kraft treten soll, kritisch bis ablehnend gegenüber. Allerdings aus fundamental anderen Gründen. Die offen lesbisch lebende PDS-Abgeordnete Christina Schenk begründete ihre Gegenstimme zum Lebenspartnerschaftsgesetz so: "Mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf erweist Rot-Grün Lesben und Schwulen einen Bärendienst. Zum ersten Mal seit der Streichung des Paragraphen 175 (Verbot der männlichen Homosexualität - d. Red.) wird es wieder ein Sondergesetz nur für Lesben und Schwule geben. "Völlig inakzeptabel" findet Schenk, dass Homosexuellen eine gleichberechtigte Elternschaft verwehrt bleibt und Lesben resp. Schwule weder das Recht zur

gemeinsamen Sorge noch zur Adoption und Insemination erhalten werden. So werde die Ungleichbehandlung von Lesben und Schwulen gegenüber Heterosexuellen festgeschrieben.

Tatsächlich hatten die sich gerne als besonders homosexuellen-freundlich gebenden deutschen Grünen nie an eine völlige Gleichbehandlung von Schwulen und Lesben gedacht, sondern von vornherein für eine Sonderregelung für Homosexuelle plädiert. Offenbar passte das besser ins politische Kalkül der kleinen Regierungspartei - immerhin hatte es vier Jahre gebraucht, um den sozialdemokratischen Koalitionspartner überhaupt erst einmal von der Notwendigkeit einer rechtlichen Anerkennung schwul-lesbischer Lebensgemeinschaften zu überzeugen.

Die deutschen SozialistInnen setzen sich - wie die luxemburgischen Déi Gréng - für eine konsequente Individualisierung aller Rechtsbeziehungen zwischen Menschen ein. Als Zwischenschritte befürwortet die PDS

Irgendwas fehlt immer

Trotz der Erfolge, die Lesben und Schwule im Kampf gegen Benachteiligung bisher erzielt haben: Die rechtliche Anerkennung ihrer Lebensgemeinschaften, so es sie gibt, bewegt sich zwischen diskriminierenden Sondergesetzen und der Ehe light. Die volle Gleichberechtigung steht in den meisten Ländern noch aus.

Lösungsansätze für nichteheliche Gemeinschaften, die jenseits einer Sonderregelung für Lesben und Schwule liegen, etwa in Form eines PACS.

PACS allein packt's nicht

Doch auch der von SozialistInnen viel gelobte französische "pacte civil de solidarité et du concubinage" oder der belgische "contrat de vie commune" (Gesetzliches Zusammenwohnen) baut bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren nur eingeschränkt ab. Zwar werden Lesben und Schwulen - ebenso wie unver-

heirateten heterosexuellen Paaren -, die zusammenwohnen, aber nicht heiraten wollen, in beiden Gesetzen eheähnliche Rechte wie die Mitversicherung in den verschiedenen Systemen der Sozialversicherung, steuerliche Vorteile, das Fortbestehen des Mietvertrages zugunsten eines Partners sowie bestimmte arbeitsrechtliche und steuerrechtliche Vorzüge eingeräumt.

Doch die VertragspartnerInnen müssen teilweise jahrelange Fristen in Kauf nehmen, bevor bestimmte Rechte auch für sie gelten. Zudem bleibt PACS-Lebensgemein-

schaften das Recht auf Adoption von vornherein verwehrt: Ein Zugeständnis an die konservativen und christlichen GegnerInnen von PACS und "Gesetzlichem Zusammenwohnen" nach monatelangem Ringen um einen tragfähigen Kompromiss. Immerhin: Der Vorwurf, Homo- und Heterosexuelle würden ungleich behandelt, trifft hier nicht ganz zu. Die Regelungen gelten für alle nichtehelichen Gemeinschaften, unabhängig von der sexuellen Orientierung. Da aber die Ehe in Frankreich und Belgien nach wie vor ausschließlich Verbindungen zwischen Mann und Frau offen steht, existiert

die Diskriminierung von Homosexuellen weiterhin: Sie haben nur die Wahl zwischen einer Ehe light oder gar keiner rechtlichen Absicherung.

Gleiches Recht für alle

Die Niederlande haben bisher als einziges Land der Welt die volle Gleichbehandlung umgesetzt: Seit dem 1. April 2001 können Lesben und Schwule in den Niederlanden ihreN PartnerIn heiraten (die WOXX Nr. 593 berichtete). Damit genießen sie alle Rechte, die sonst heterosexuellen Verheirateten vorbehalten waren. Auch das Recht auf Adoption. Niederländische Homo-

sexuelle konnten sich zwar vorher schon standesamtlich registrieren lassen, mit weitreichenden Folgen im Versicherungs-, Vormundschafts-, Erbschafts- und Pensionsrecht sowie Ausländerrecht. Aber ohne das Recht, Kinder zu adoptieren. Das Angebot der "Registrierten Partnerschaft" wurde jedoch von Schwulen und Lesben kaum angenommen. "Eine registrierte Partnerschaft ist eine B-Klasse-Ehe", begründete der Chefredakteur von Gay-Krant, Henk Krol, in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" die Ablehnung vieler homosexueller Paare gegenüber der "Registrierten Partnerschaft"

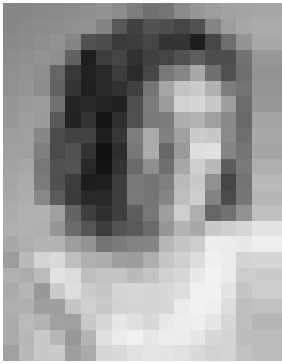
und ihr Insistieren auf die Homoehe. Krol und seine KollegInnen hatten Glück: Das niederländische Gesetz zur "Registrierten Partnerschaft" sah eine Probezeit vor, nach deren Ablauf die Regelung gegebenenfalls nachgebessert werden sollte. Und dank der Kräfteverhältnisse im niederländischen Parlament wurde die Öffnung der Ehe auch gegen die Stimmen des konservativ-christlichen Lagers durchgesetzt.

Ines Kurschat

EHEREFORM

Wenn nur die Liebe zählt

Déi Gréng haben Vorschläge für eine umfassende Reform der Ehe vorgelegt. WOXX sprach mit Viviane Loschetter, Déi Gréng-Pressesprecherin, über die grünen Inhalte.



Viviane Loschetter, Pressesprecherin von "Déi Gréng"

WOXX: Ihre Partei will eine Reform der Ehe. Halten Sie nichts von der Heirat?

Vivane Loschetter: Um eines klarzustellen: Wir wollen nicht die Ehe abschaffen, sondern die Privilegien. Mit der Ehe sind klare finanzielle Vorteile und Rechte verbunden, zum Beispiel bei der Rente, in der Sozialversicherung, im Steuerrecht, bei der Erbschaft oder was Besuchsrechte im Krankenhaus betrifft. Andere Paare, die auch dauerhaft zusammenleben und vielleicht Kinder großziehen, haben diese Rechte nicht. Sie werden gegenüber Verheirateten diskriminiert.

Sie fordern den "contrat de vie commune". Wen sprechen Sie mit diesem Konzept an?

Der "contrat de vie commune" richtet sich an Menschen, die zwar dauerhaft zusammenzuleben, aber nicht heiraten wollen. Wir fordern, dass auch diese Form eine rechtliche Absicherung bekommt. Immerhin macht sie zwei Drittel in unserer Gesellschaft aus. Darunter sind Heterosexuelle mit und ohne Kinder ebenso wie homosexuelle Paare mit und ohne Kinder.

Was sind die Vorteile des "contrat de vie commune"?

Der Vertrag soll Lebensgemeinschaften mit den Privilegien versehen, von denen bisher nur Eheleute profitieren. Der Vorteil beim "contrat de vie commune" ist zudem, dass sich PartnerInnen schnell und ohne viel Aufwand trennen können. Im Trennungsfalle ist auch ganz klar, was wem gehört.

Ihr Entwurf sieht keine Unterhaltsverpflichtungen und kein gemeinsames Eigentum vor. Ist das nicht - speziell für Frauen - gefährlich?

Früher war die Ehe ein Bund fürs Leben und bedeutete - vor allem für Frauen - tatsächlich oftmals die einzige finanzielle Absicherung. Heute, bei Scheidungsraten um die 50 Prozent und steigender Frauenerwerbstätigkeit, ist sie das nicht mehr. Die dritte Säule unserer Reform sieht die Individualisierung vor. Das heißt, grundsätzlich gehen wir davon aus, dass jeder seine eigenen Steuern zahlt, für seine eigene Altersversicherung aufkommt. Auf dieser Ebene ist es dann eigentlich egal, ob man verheiratet ist oder

nicht oder ob man Kinder hat oder nicht. Ich persönlich finde, Leute, die heiraten respektive den "contrat de vie commune" eingehen wollen, sollten dieses tun, weil sie wirklich zusammenleben wollen. Und nicht wegen irgendwelcher finanzieller Vorteile.

Außerdem steht es jedem Paar frei, Verträge zu den Eigentumsverhältnissen abzuschließen.

Würde der "contrat de vie commune" nicht reichen, um das Zusammenleben von schwulen und lesbischen Paaren rechtlich abzusichern?

Nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz wäre eine Unterscheidung zwischen homosexuellen und heterosexuellen Paaren diskriminierend. Wenn zwei Schwule oder Lesben heiraten wollen, müssen sie das auch dürfen. Außerdem, wem würde das schaden?

Wäre die Homoehe aus rechtlicher Sicht in Luxemburg überhaupt realisierbar?

In unserer Verfassung spricht erstmal nichts gegen eine Ehe zwischen Frau und Frau oder Mann und Mann. Die entsprechende Passage ist neutral gehalten. Ich bin überzeugt davon: Sollte eines Tages ein verheiratetes schwules oder lesbisches Paar aus den Niederlanden hier in Luxemburg darauf auf Anerkennung klagen, dann würde ihnen das Gericht Recht geben müssen.

Hat Ihr Vorstoß überhaupt eine Chance bei PolitikerInnen und in der Bevölkerung?

Jean-Claude Juncker hat ja schon ein bisschen Vorarbeit geleistet und immerhin öffentlich thematisiert, dass es Schwule und Lesben gibt, die als Paar zusammenleben. Er hat hierfür eine rechtliche Regelung angekündigt. Jetzt müssen auf Worte Taten folgen. Sicherlich gibt es in der Bevölkerung Berührungängste. Homosexualität wird in Luxemburg immer noch viel zu wenig thematisiert. Das gilt für die Schule, aber auch im gewöhnlichen Straßenbild. Selbst die Medien hierzuland-

berichten nicht viel über Homosexualität. Salonfähig ist diese Lebensweise als 'Exotikum' vor allem im Künstlermilieu.

Sie fordern ein Adoptionsrecht für alle, unabhängig vom Zivilstand und der sexuellen Orientierung.

Ja. Wir wollen, dass Paare, egal ob homosexuell oder heterosexuell, die eine gewisse Stabilität in Form eines "contrat de vie commune" oder einer Heirat nachweisen können, Kinder adoptieren können.

Kriterien wie Stabilität und materielle Sicherheit sind uns wichtig. Es soll nicht jeder einfach ein Kind adoptieren können.

"Wenn zwei Schwule oder Lesben heiraten wollen, müssen sie das auch dürfen. Außerdem, wem würde das schaden?"

Von den GegnerInnen eines Adoptionsrechts für alle wird eingewandt, gleichgeschlechtliche Eltern könnten keine vollwertigen Familien sein.

Dass Kinder unbedingt eine männliche und eine weibliche Bezugsperson in Form von biologischen Vater und Mutter brauchen, stimmt in unserer Gesellschaft nicht mehr. Sonst wären ja alle Kinder von alleinerziehenden und geschiedenen Eltern von vornherein schlecht versorgt. Es gibt auch Kinder in so genannten 'heilen' Familien, die viel leiden.

Ist es Kindern denn zuzumuten, sich mit der Sexualität ihrer Eltern auseinanderzusetzen zu müssen? Zum Beispiel, wenn sie dadurch Opfer von homophoben Benachteiligungen werden.

Die Frage ist an sich schon diskriminierend. Warum sollten diese Kinder es besonders schwer haben? Andere Kinder müssen sich mit dem sozialen Status ihrer Eltern auseinandersetzen oder damit, dass ihre Eltern keine gebürtigen Luxemburger sind

oder eine andere Hautfarbe haben.

Wie stehen die Grünen zur Forderung lesbischer Frauen mit Kinderwunsch, ihnen ein Recht auf künstliche Befruchtung zu gewähren?

Da wir davon ausgehen, dass hetero- und homosexuelle Paare in Sachen Adoption rechtlich gleichgestellt sein sollen, gehören weitere Rechte wie die Insemination dazu. Wichtig ist aber die verschiedenen Rechte mütterlicher- und väterlicherseits zu klären. Das ist eine notarielle Angelegenheit.

Geschwister respektive Blutsverwandte sowie Paare mit mehr als zwei Personen lassen Sie in Ihrem Entwurf jedoch unberücksichtigt. Das verstößt doch gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Nein. Wenn wir von der Ehe oder einem "contrat de vie commune" sprechen, dann meinen wir eine emotionale und sexuelle Beziehung, egal ob homo- oder heterosexuell. Aus dem Grund sind verwandtschaftliche Beziehungen allesamt ausgeschlossen. Und Fragen der steuerlichen Begünstigung etc. wollen wir ja mit der Individualisierung lösen. Andere Rechte wie das Besuchs- oder das Zeugnisverweigerungsrecht haben Blutsverwandte ohnehin.

Der Vorschlag der Grünen beschränkt sich aber ausdrücklich auf Zweierbeziehungen.

Ja. Welchen Verhandlungsspielraum sehen die Grünen in ihrem Konzept vor?

Der Kompromiss ist der "contrat de vie commune" für homo- und heterosexuelle Paare. Wir wären froh, wenn wir das erreicht hätten. Ziel aber bleibt, die Ehe zu reformieren und sie für alle zu erweitern. Aber machen wir uns nichts vor: Die Ehe ist in Luxemburg eine Institution, wie es sie in keinem anderen Land in Europa gibt.

Die Fragen stellte Ines Kurschat



Ehe zu dritt? Auch für die Grünen tabu.

(Foto: Bruno Baltzer)